STADT | TORNESCH



Niederschrift

Gremium:	Bau- und Planungsausschuss		
Sitzungsnummer:	BA 19/38	Sitzungsdatum:	04.02.2019
Sitzungsbeginn:	19:30 Uhr	Sitzungsende:	22:13 Uhr
Sitzungsraum:	Sitzungssaal im Rathaus Tornesch, Wittstocker Str. 7		

Anwesende Mitglieder

Sitzungsleitung

Herr Henry Stümer - CDU Tornesch Ausschussvorsitzender

Gremienmitglieder

Herr Karlheinz Böhmke - FDP Tornesch Ausschussmitglied (bgl.)

Frau Dr. Susanne Dohrn - SPD Tornesch
Herr Klaus Früchtenicht - SPD Tornesch
Frau Ann Christin Hahn - B90/GRÜNE
Ausschussmitglied
Ausschussmitglied

Tornesch

Herr Hans-Jürgen Jeschke - CDU Tornesch Ausschussmitglied Vertretung für:

Herrn Kai Schmidt

Herr Torben Jochens - CDU Tornesch Ausschussmitglied

Herr Daniel Kölbl - CDU Tornesch Ausschussmitglied als Vertreter für Howe Heitmann ab

ca.20:15 h

Frau Dagmar Sydow-Graen - B90/GRÜNE Ausschussmitglied

Tornesch

Verwaltung

Frau Sabine Kählert - Bgm.in Tornesch Bürgermeisterin Herr Rene Goetze - Verwaltung Tornesch Amtsleiter

Herr Henning Tams - Verwaltung Tornesch Verwaltungsmitarbeiter

Frau Angelika Timm - Verwaltung Tornesch Empfang

Frau Isabelle Ladwig - Verwaltung Tornesch Protokollführerin

Gäste

Herr Thorsten A. Kreikenbaum Architekten und

Ingenieure für Stadt-,

Landschafts- und Freiraumplanung bis 20:15 h

Herr Manfred Fäcke - SPD Tornesch Gast
Herr Lars Janzen - B90/GRÜNE Tornesch Gast
Herr Horst Lichte - SPD Tornesch Gast
Herr Manfred Mörker - SPD Tornesch Gast

BA 19/38 Seite: 1/10

Herr Artur Rieck - SPD Tornesch	Gast
Herr Gunnar Werner - FDP Tornesch	Gast
Herr Björn Friedrichsen - SPD Tornesch	Gast
Herr Holger Hansen - FDP Tornesch	Gast
Herr Thorsten Mann - SPD Tornesch	Gast

BA 19/38 Seite: 2/10

Tagesordnung:

TOP	Betreff	Vorlage
Öffentlic	her Teil	
1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der form- und fristgerechten Einladung, Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie Beschluss über die Tagesordnung	
2	Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde	
3	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 21.01.2019	
4	Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse	
5	mündlicher Bericht der Verwaltung	
6	Anfragen von Ausschussmitgliedern	
7	Fraktionsantrag der SPD-Fraktion: Protokolle der Bauausschusssitzungen	VO/19/010
8	Vorstellung des Landschaftsplanungsbüros Kreikenbaum + Heinemann	VO/19/005
9	Errichtung einer Behelfsbrücke auf der Kreisstraße 22 über den Ohrtbrookgraben	VO/19/008
10	Straßenunterhaltung 2019 - Deckensanierung in der Pommernstraße	VO/18/271-1
Nicht öff	entlicher Teil	
11	Bericht der Verwaltung	
12	Anfragen von Ausschussmitgliedern	
13	Ausübung des gemeindlichen Vorkaufsrechtes	VO/19/007
14	Nachverdichtung in der Heimstättenstraße	VO/19/006
15	Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens (§ 36 BauGB) Neubau von zwei Doppelhäusern am Moorreger Weg	VO/19/009
16	Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens (§ 36 BauGB) Neubau von zwei Doppelhäusern an der Straße "Zur Pinnau"	VO/19/004
17	Grundstücksangelegenheiten	

TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der form- und fristgerechten Einladung, Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie Beschluss über die Tagesordnung

Beschluss:

Die vorgeschlagene Tagesordnung wird beschlossen.

Die Beratung und Beschlussfassung der Tagesordnungspunkte in nichtöffentlicher Sitzung wird ebenfalls beschlossen.

Abstimmungsergebnis:		
8 Ja-Stimmen	0 Nein-Stimmen	0 Enthaltungen

Beratungsverlauf:

Der Vorsitzende Herr Stümer eröffnet die Sitzung um 19:30 Uhr und stellt die form- und

BA 19/38 Seite: 3/10

fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Bis ca. 20:15 h sind 8 von 9 Ausschussmitgliedern anwesend. Ab ca. 20:15 h nimmt Herr Kölbl als 9. Mitglied an der Abstimmung teil.

TOP 2 Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

Beratungsverlauf:

Herr Wiedemann aus dem Feenstieg macht darauf aufmerksam, dass die Entwurfsplanung zu "Tornesch am See" auf der Internetseite nicht mehr aktuell sei. Er bittet darum, diese entweder von der Seite zu nehmen oder zu aktualisieren. *Die Verwaltung kümmert sich darum.*

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 21.01.2019

Beschluss:

Gegen die Niederschrift über die Sitzung des Bau- und Planungsausschusses vom 21.01.2019 werden keine Einwendungen erhoben. Sie gilt somit als genehmigt.

Abstimmungsergebnis:		
7 Ja-Stimmen	0 Nein-Stimmen	1 Enthaltungen

Beratungsverlauf:

<u>Frau Hahn</u> erbittet eine Ergänzung **zu TOP 1** der Niederschrift vom 21.01.2019. Sie ergänzt, dass Herr Stümer die Ausschussmitglieder darauf hingewiesen hat, dass Schadensersatzansprüche gegen die Mitglieder entstehen könnten, sofern der See nicht gebaut werden wird.

<u>Herr Rieck</u> erbittet ebenfalls eine Ergänzung **zu TOP 9**. Er erläutert, dass sein Anliegen aus der Aussage: "Herr Rieck verweist auf noch unbeantwortete Fragen aus der Sondersitzung" nicht klar hervorgeht. Er hat in der Sitzung vom 21.01.2019 angeregt, den TOP 9 auf die kommende Sitzung am 04.02.2019 zu vertagen, da dann alle Informationen vorliegen.

TOP 4 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Beratungsverlauf:

Herr Stümer berichtet, dass in nichtöffentlicher Sitzung über die Vergabe der Baufelder A, B und C (Tornesch am See) beraten wurde.

TOP 5 mündlicher Bericht der Verwaltung

Beratungsverlauf:

Herr Goetze trägt den Bericht der Verwaltung vor.

<u>Kita Seepferdchen:</u> Aufgrund der Witterung mussten die Arbeiten unterbrochen werden. Angesichts der Wettervorhersage wird aber von einer zeitnahen Wiederaufnahme der Arbeiten ausgegangen.

BA 19/38 Seite: 4/10

<u>Fahrradabstellanlage alte Ahrenloher Str.:</u> Die Vorbereitungen für die Förderanträge laufen. Die Anträge sollen Ende Februar fertig sein. Es werden 2 Anträge gestellt, die im besten Fall zu einer Förderung i. H.v. 87,5 % führen könnten.

<u>Kinderspielplatz Forellenring:</u> Im März können die Bauarbeiten für die Herrichtung der Landschaft beginnen. Die Geräte können jedoch eventuell erst 6 Wochen später geliefert werden als geplant, da die Firmen mit Aufträgen ausgebucht sind. Wenn dies der Fall sein sollte, werden die Anlieger rechtzeitig informiert.

TOP 6 Anfragen von Ausschussmitgliedern

Beratungsverlauf:

Herr Jochens informiert, dass am Ende der Uetersener Straße in Fahrtrichtung Uetersen ein Verkehrsschild "Rechtsabbieger" steht, jedoch die Bauarbeiten bereits abgeschlossen sind. Er vermutet, dass das Schild vergessen wurde und bittet darum, es wegzunehmen. Herr Goetze antwortet dazu, dass das Schild auf Uetersener Stadtgebiet steht. Er leitet dies jedoch weiter an die Stadt Uetersen.

Herr Früchtenicht erfragt zum Thema "Untertunnelung Bahnübergang in Prisdorf", ob es neue Infos vom Land dazu gibt. Es würde die verkehrliche Situation in Tornesch deutlich verbessern. Daher würde er es begrüßen, wenn die Stadt Tornesch sich dem Thema annehme

Herr Goetze entgegnet, dass es dazu derzeit keinen aktuellen Sachstand gibt. Aktuelle Informationen werden noch einmal beim Land erfragt.

Frau Sydow-Graen berichtet, dass das Verkehrszeichen "LKW-Verbot" in der Denkmalstraße eingewachsen ist. Da das Schild direkt an einem Privatgrundstück steht und von dessen Hecke bedeckt wird, bittet sie darum, das Schild entweder zu versetzen oder den Eigentümer zur Freischneidung anzuhalten.

Herr Böhmke möchte wissen, warum auf dem Gelände der Papierfabrik noch Container stehen.

Frau Kählert entgegnet, dass im Gebäude noch Sanierungsarbeiten durchgeführt werden. Sie fragt jedoch noch einmal nach.

Herr Jeschke merkt an, dass in Uetersen immer mehr Baugebiete erschlossen werden. Er hat Sorge, dass dies die verkehrliche Situation in Tornesch noch erschweren wird. Frau Kählert entgegnet, dass sie bereits diese Befürchtungen mit der Bürgermeisterin der Stadt Uetersen besprochen hat. Die Stadt Uetersen muss, wie auch die Stadt Tornesch, bei neuen Baugebieten eine Verkehrsuntersuchung vornehmen lassen und die Stadt Tornesch im Planverfahren beteiligen.

Herr Früchtenicht fragt an, warum das Planungsbüro Zumholz nicht mehr für die Stadt Tornesch arbeitet.

Frau Kählert antwortet, dass kein weiteres Interesse beiderseits mehr besteht und die bisherigen Leistungen abgerechnet wurden. Daher wird in TOP 8 heute das Landschaftsplanungsbüro Kreikenbaum + Heinemann vorgestellt.

TOP 7 Fraktionsantrag der SPD-Fraktion: Protokolle der Bauausschusssitzungen

Beratungsverlauf:

Frau Dr. Dohrn trägt den Antrag der SPD Fraktion vor. BA 19/38

Dieser beinhaltet, dass die Protokolle zukünftig spätestens nach 3 Tagen vorliegen. Sie erläutert, dass eine Beratung problematisch ist, wenn die Protokolle zur nächsten Sitzung nicht vorliegen. Dies ist ihrer Meinung nach bereits öfter der Fall gewesen.

Herr Stümer wirft ein, dass dies nicht in diesem Ausschuss beschlossen werden kann. Die Geschäftsordnung regelt die Fristen diesbezüglich. Diese liegt bei 3 Wochen. Welche auch für Ausschüsse verwendet werden soll (in diesem Fall heißt soll = muss, wenn man kann). Herr Böhmke betont, dass die Geschäftsordnung nur von der Ratsversammlung abgeändert werden kann. Er hält 3 Tage für nicht schaffbar und merkt an, dass 2 Wochen in Ordnung wären

Frau Sydow-Graen wirft ein, dass ein Tagesordnungspunkt, welcher auf Grundlage eines vorherigen Protokolls beraten werden soll, von der Tagesordnung genommen werden sollte, wenn das entscheidene Protokoll nicht vorliegt. Im übrigen stimmt sie Herrn Böhmke im Bezug auf die 3 Tage zu.

Herr Goetze informiert, dass dies intern besprochen wurde. Wir entschuldigen uns an dieser Stelle und geloben Besserung. Das Protokoll wird zukünftig wieder rechtzeitig innerhalb der Frist fertig sein.

Frau Kählert ergänzt, dass die Eintragung der Beschlussergebnisse bisher in der Vergangenheit direkt am nächsten Tag erfolgte und auch zukünftig erfolgen soll. Diese stehen dann bereits online zur Verfügung. Das genaue Protokoll (ein Ergebnisprotokoll, kein Wortprotokoll) käme dann innerhalb der nächsten 3 Wochen.

Herr Jansen wirft ein, dass das Problem nicht die fehlenden Protokolle selbst sind, sondern der fehlende Inhalt bzw. fehlende Dokumente, welche zur Folgeberatung und zum Beschließen relevant sind. Desweiteren wurde einfach weiter beraten und beschlossen ohne die Antworten auf die gestellten Fragen zu bewerten.

Herr Böhmke entgegnet, dass an diesem Thema nun bereits schon seit mehreren Jahren gearbeitet wird. Um voran zu kommen, kann man nicht immer wieder über das selbe Thema sprechen.

Herr Werner merkt zu Herrn Jansen an, dass dies nicht auf die Vorsitzenden geschoben werden kann. Wenn eine Fraktion ein bestimmtes Thema beraten möchte, stellt diese einen Antrag, über welchen abgestimmt wird, damit das Thema auf die Tagesordnung kommt.

Herr Jansen beklagt, dass die Baukosten beim See außer Acht gelassen wurden. Hierzu entsteht eine ausgiebige Diskussion.

Um das Thema abzuschließen, fasst Frau Kählert noch einmal zusammen, dass die Protokolle zukünftig so aufbereitet werden, wie sie sollen und zum Thema "See" plädiert sie für eine Weiterarbeit.

TOP 8 Vorstellung des Landschaftsplanungsbüros Kreikenbaum + Heinemann

Beratungsverlauf:

Gemäß der Vorlage stellt sich das Landschaftsplanungsbüro Kreikenbaum + Heinemann vor. Anhand einer PowerPoint-Präsentation erläutert Herr Kreikenbaum zuerst das Aufgabenspektrum des Planungsbüros und stellt anschließend viele Referenzprojekte vor. Das Aufgabenspektrum reicht von der Strukturplanung bis hin zur Innenstadtsanierung bzw. – entwicklung. Ortskerngestaltung, Kindergärten, Uferpromenaden sowie Häfen u. v. m. gehören zu den Referenzprojekten der Vergangenheit. Außerdem arbeitete das Büro Kreikenbaum + Heinemann bereits viele Male mit dem Büro Polyplan eng zusammen. Nach der Vorstellung erfolgen Fragen seitens der Politik:

Frau Hahn: Wie würde die Kostenplanung erfolgen?

Herr Kreikenbaum erläutert dazu verschiedene Ausschreibungsmöglichkeiten wie z.B. das "Losverfahren", bei welchem Lose ausgeschrieben werden können. Dies wäre zwar deutlich aufwendiger, jedoch machbar. Dabei kann man auch mehrere Planungsbüros beauftragen, welche dann zusammen arbeiten würden/müssen. Er verweist jedoch auf die VOB, welche

BA 19/38 Seite: 6/10

die Rahmenbedingungen für Ausschreibungen vorgibt. Er betont, dass die Mitwirkung seitens der Politik und Verwaltung jederzeit gegeben ist und erfolgen kann. Die Kosten sind aktuell schwer zu fassen, da derzeit extreme Preisschwankungen herschen.

Frau Dr. Dohrn: Sie sprachen davon, auch die Bauleitung zu übernehmen. Worauf bezieht sich das? Betrachten sie bei der Planung das Gesamte oder schließen sie z. B. die Baufelder aus der Betrachtung und Planung aus?

Herr Kreikenbaum erläutert, dass die Bauleitung die Kontrolle der Arbeiten vor Ort umfasst. Bei der Planung ist es so, dass die Investoren natürlich für die Baufelder zuständig sind und das Büro Kreikenbaum + Heinemann für den Außenbereich wie in der Vorlage beschrieben. Die Planungen beider werden sich jedoch verzahnen (auch weil sie es müssen), um zueinander zu passen.

Herr Früchtenicht möchte mehr über das Planungsbüro selbst und Herrn Kreikenbaum erfahren.

Herr Kreikenbaum erläutert, dass er geschäftsführender Gesellschafter ist und bereits seit 25 Jahren zusammen mit Herrn Heinemann in dieser Firma arbeitet. Diese existiert seit 1977 und wurde von seinem Vater gegründet. Sie arbeiten Bundesweit und wurden bereits mit einem Preis für besonders nachhaltiges Bauen ausgezeichnet.

Ein Ratsmitglied erfragt, wofür Herr Kreikenbaum zuständig ist.

Herr Kreikenbaum erläutert, dass er Dipl. Ingenieur und Architekt ist und er für die Freiflächenplanung und Überwachung der Unternehmen zuständig ist. Herr Stümer wirft ein, dass das Büro Polyplan für die technische Planung des Wassers zuständig ist.

Frau Kählert merkt an, dass das Büro Kreikenbaum + Heinemann (K+H) bereits viele Projekte mit dem Büro Polyplan entwickelt hat. Die Planer wären für das Umfeld zuständig. Dies in Verbindung mit Wasser ist deren Steckenpferd. Sie besitzen sehr viel Erfahrung.

Herr Früchtenicht: *Wie sind sie auf die Stadt Tornesch aufmerksam geworden?*Herr Kreikenbaum führt aus, dass der Kontakt über das Büro Polyplan hergestellt wurde, da die Zusammenarbeit sehr eng ist.

Frau Hahn: Können Sie auf den bereits geleisteten Leistungsphasen aufbauen ohne dass dies doppelte Kosten verursacht?

Herr Kreikenbaum betont, dass keine doppelten Kosten gezahlt werden müssen. Herr Goetze wirft dazu ein, dass das bisher Geplante auch noch überdacht werden kann, ohne dass doppelte Kosten aufkommen. Er strebt an, dass die Angebote zur nächsten Sitzung im März vorbereitet werden.

Frau Hahn: Müssen solche Planungen nicht eigentlich ausgeschrieben werden? Herr Goetze erläutert dazu, dass in einigen Fällen ausgeschrieben werden muss und in anderen Fällen nicht. Es gibt verschiedene Regelungen und Ausnahmen, wann dies nicht erfolgen muss. Insgesamt muss dargelegt werden, dass die Auswahl des Büros begründet und wirtschaftlich ist.

Frau Dr. Dohrn erfragt, wie es sich rechtlich mit bereits geplanten Entwürfen von anderen Planungsbüros verhält.

Herr Goetze entgegnet, dass Fremdentwürfe urheberrechtlich geschützt sind. Jedoch können wir in unserem Fall die bisherigen Planungen vom Büro Zumholz nutzen, da die erbrachte Leistung bezahlt und abgerechnet wurde.

Herr Kreikenbaum wirft ein, dass Planungsbüros nicht immer weiter beauftragt werden, wenn z. B. die Stadt später noch etwas dazu bauen möchte. Eine solche Bindung wäre auch nicht rentabel. Der Freiraum gehöre der Stadt und nicht dem Planungsbüro.

Herr Goetze merkt schließlich noch an, dass das Büro K+H auch bereit wäre in eine andere Leistungsphase einzusteigen, wenn Bedarf und Fragen sind.

BA 19/38 Seite: 7/10

Herr Kreikenbaum verabschiedet sich um 20:15 h und verlässt die Sitzung. Diese wird für 2 Minuten unterbrochen.

TOP 9 Errichtung einer Behelfsbrücke auf der Kreisstraße 22 über den Ohrtbrookgraben

Beschluss:

Der Bau- und Planungsausschuss beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung der Herstellung einer Behelfsbrücke über das Durchlassbauwerk des Ohrtbrooksgrabens an der K22 und hebt den Sperrvermerk auf.

Abstimmungsergebnis:		
9 Ja-Stimmen	0 Nein-Stimmen	0 Enthaltungen

Beratungsverlauf:

Herr Goetze stellt den Sachverhalt vor. Er berichtet, dass eine Grenzfeststellung vorgenommen wurde. An der entsprechenden Stelle gehört der Graben zur Stadt Tornesch und die Brücke selbst zu beiden Teilen der Stadt Uetersen und der Stadt Tornesch.

Herr Früchtenicht möchte wissen, ob die Stadt zuständig ist, Kreisstraßen zu reparieren, obwohl ein Vertrag mit dem Kreis geschlossen wurde.

Herr Kölbl berichtet, dass er entsprechende Telefonate geführt hat. Der Kreis Pinneberg wäre eigentlich zuständig, die Reparatur zu übernehmen, allerdings besteht ein Unterhaltungsvertrag mit der Stadt Tornesch. In diesem ist geregelt, dass die Stadt Tornesch die Unterhaltung übernimmt und eine jährliche Entschädigung erhält. Die Reparatur der Brücke gehört auch zur Unterhaltung. Da die Maßnahme nun jedoch in keinem Verhältnis steht, hat der Kreis Pinneberg beschlossen, sich zu beteiligen.

Herr Böhmke erfragt, warum erst eine Behelfsbrücke gebaut werden muss und nicht gleich die richtige Brücke.

Herr Goetze entgegnet, dass der Kreis dies zum damaligen Zeitpunkt verneint hat. Das Planfeststellungsverfahren muss rechtssicher abgeschlossen sein und dies ist es noch nicht.

Frau Hahn fragt Frau Kählert, ob es neue Infos zur Aufkündigung der Verträge mit dem Kreis Pinneberg gibt.

Frau Kählert entgegnet, dass die Stadt Tornesch wenig Aussicht auf Erfolg hätte, da der Vertrag über 30 Jahre alt und dürftig formuliert ist. Daher hat sie sich eher auf die Kostenbeteiligung konzentriert. Der Kreis Pinneberg ist nun dafür. Das Vorziehen des Brückenbaus ist beleuchtet worden aber das Verfahren muss leider in Gänze abgewartet werden und nicht nur ein Teil.

Frau Dr. Dohrn fragt nach, ob die Behelfsbrücke für 4 Jahre geplant sei. Herr Goetze bejaht dies und erläutert, dass verkehrsregelnde Maßnahmen deutlich teurer wären ohne eine Verbesserung zu erzielen. Die 4 Jahre könnten sogar verlängert werden. Das wären dann 15.000 € im Jahr.

TOP 10 Straßenunterhaltung 2019 - Deckensanierung in der Pommernstraße

Beratungsverlauf:

Herr Goetze stellt den Sachverhalt vor.

BA 19/38 Seite: 8/10

Herr Böhmke plädiert dafür, die Maßnahme dieses Jahr ruhen zu lassen, da die Pommernstraße möglicherweise im Zuge der Sanierung der Ahrenloher Straße durch Umleitungsvekehr vermehrt beansprucht und stärker geschädigt werden würde. Zusätzlich sind dort noch andere Maßnahmen, die störend wären. Er ist außerdem der Meinung, dass eine Sanierung anderer Straßen wie z. B. im Gärtnerweg oder Bockhorn dringender sind.

Frau Sydow-Graen sieht es ähnlich. Der Bockhorn wird/wurde durch andauernden LKW-Verkehr beschädigt und im Pracherdamm sind ähnliche Straßenverhältnisse.

Frau Dr. Dohrn merkt an, dass der Bockhorn durch die Sanierung der Ahrenloher Straße bestimmt noch zusätzlich belastet wird. Dort sollte eine Ertüchtigung vorher erfolgen. Es macht Sinn alle Maßnahmen zusammen zu machen und die Pommernstraße nun erstmal ruhen zu lassen.

Herr Früchtenicht plädiert ebenfalls fürs nächste Jahr.

Herr Stümer wirft ein, dass die Sanierung der Pommernstraße nicht zwangsläufig durchgeführt werden muss. Jedoch tangiert die Pommernstraße die Maßnahme in der Ahrenloher Straße nicht stark, weshalb sie durchgeführt werden könnte.

Herr Goetze merkt an, dass viele Maßnahmen bereits geschoben wurden wie z. B. der Bockhorn. Er schlägt vor, dass die Straßen begutachtet werden können (z. B. auch die Königsberger Straße) und die Verwaltung arbeitet die zu sanierenden Straßen noch einmal aus.

Frau Sydow-Graen erwähnt dazu auch den Eichenweg und Pracherdamm.

Frau Hahn erfragt, ob es eine Gesamtbetrachtung aller Straßen im Stadtgebiet gibt, um einen besseren Überblick zu erhalten.

Herr Goetze entgegnet, dass es ein Schadenkataster für Kanäle gibt mit Prioritäten. Für Straßenschäden oder Erneuerungen gibt es so etwas nicht.

Herr Jochens plädiert dafür, im Pracherdamm nur eine Teilsanierung (Löcher stopfen) durchzuführen, weil dieser sonst wieder kaputt gefahren wird durch den Umleitungsverkehr der Ahrenloher Straße.

Herr Jeschke wirft ein, dass die Uetersener Straße (Einmündung zur Jürgen-Siemsen-Straße) ebenfalls angeschaut werden sollte.

Herr Goetze entgegnet, dass dies gemacht wird.

Die Verwaltung wird somit beauftragt, die genannten Straßen zu begutachten und die Ergebnisse zur Beratung vorzulegen.

Frau Hahn stellt noch einmal eine Frage zum Ausbaubeitrag im Bockhorn. Sie versteht nicht, warum dieser eine Anliegerstraße ist, da der Bockhorn nicht nur von Anliegern genutzt wird sondern auch vom LKW-Verkehr. Sie empfindet den Ausbaubeitrag von 95 % für diese Straße aus diesen Gründen als zu hoch.

Herr Stümer erläutert, dass es Erschließungsstraßen und Anliegerstraßen gibt. Erschließungsstraßen sind seltener, da diese z. B. in einen anderen Ort oder durch einen Ort hindurch führen. Dies trifft jedoch nicht auf den Bockhorn zu, daher ist dieser eine Anliegerstraße.

Ende öffentlicher Teil: 21:15 h	
Tornesch, den 15.03.2019	
Henry Stümer	Isabelle Ladwig

BA 19/38 Seite: 9/10

Vorsitzende(r)	Protokollführer(in)

BA 19/38 Seite: 10/10